

Hunger ist nicht Schicksal

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **62 (2007)**

Heft 1

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891411>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Brief zum Biotreibstoff

19 Sozial- und Umweltorganisationen der Schweiz, von Alliance Sud über Pro Natura und VCS bis IP Schweiz und Bioforum Schweiz, haben sich Anfang März in einem Brief zur Differenzbereinigung Mineralölsteuergesetz direkt an alle StänderätInnen gewandt. Sie schreiben unter anderem: «Da die Nachfrage nach Energiepflanzen auf dem Weltmarkt in Zukunft mit dem Boom von Agrotreibstoffen weiter steigen wird, wird es in vielen Fällen lukrativer sein, Energiepflanzen anzubauen anstatt Lebensmittel.

Viele Länder haben deswegen grosses Interesse, ihre Anbauflächen für Energiepflanzen zu erhöhen. Es wäre für einen Importeur ein Leichtes, «Biotreibstoff» steuerlich befreien zu können – z. B. aus Kolumbien – wenn nur ökologische Kriterien relevant sind. Die Probleme in diesem Land sind aber meist nicht ökologischer Art. Die menschenrechtliche Situation jedoch ist äusserst bedenklich.

Aus diesen Gründen fordern wir, dass der Nachweis einer positiven ökologischen Gesamtbilanz um den Nachweis der Einhaltung sozialer und menschenrechtlicher Mindeststandards ergänzt werden muss, um eine steuerliche Erleichterung zu erhalten. Wir bitten Sie, unseren wohlbegründeten Forderungen Rechnung zu tragen und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.»

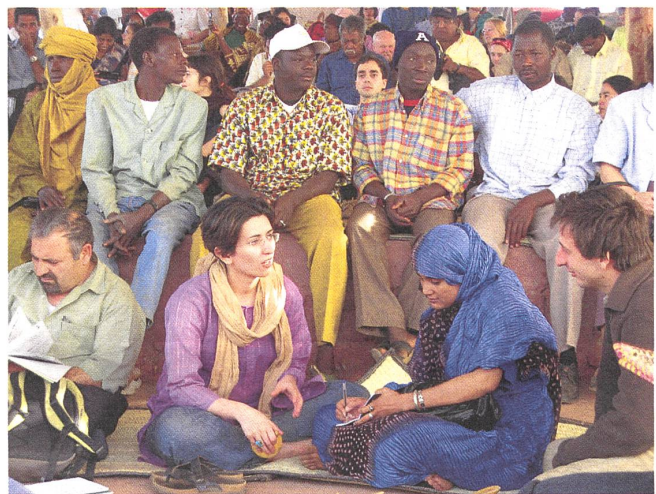


Hunger ist nicht Schicksal

Mit über 500 Delegierten aus 80 Ländern fand vom 23. bis 27. Februar das erste Weltforum zu Ernährungssouveränität «Nyéléni 2007» in Sélingué, Mali, statt. Organisiert wurde der Anlass von der weltweiten Kleinbauernbewegung Via Campesina, dem westafrikanischen Bauernnetzwerk ROPPA, dem internationalen Fischerforum, Food and Water Watch, Friends of the Earth und dem Weltmarsch der Frauen. Mit dabei auch Delegierte aus der Schweiz.

Angesichts der dramatischen Situation der Welternährung sowie der bäuerlichen Landwirtschaft war ein Treffen aller betroffenen Akteure unerlässlich geworden, um eine gemeinsame Strategie zur Wiedererlangung der Ernährungssouveränität zu definieren: Das Recht der Bevölkerung, einer Region oder eines Landes, ihre Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik selbst zu bestimmen, ohne andere Länder durch Dumpingpreise zu schädigen. Sei es der kanadische Fischer, die kolumbianische Bäuerin oder der malische Viehzüchter: Die kleinen Produzentinnen und Produzenten können kaum mehr ihr Überleben sichern.

Das bedroht die Ernährungssicherheit weltweit. Der Zugang zu den natürlichen Ressourcen wie Land, Saatgut oder Wasser wird zunehmend schwieriger. Diese allgemeinen, für die Arbeit der Kleinproduzenten unabdingbaren Güter, werden mehr und mehr von der Industrie vereinnahmt. In Argentinien und Paraguay führt der immense Druck Soja für Agro-Treibstoffe anzubauen zur Vertreibung vieler Kleinbauernfamilien. Die schädlichen Monokulturen gehen auf Kosten der Lebensmittelproduktion. In Indonesien wird das Wasser von grossen Unternehmen abgegraben, die es für die Bewässerung ihrer Plantagen zur Produktion von Pflanzenölen nutzen. Für die kleinen Parzellen der Kleinbauern bleibt ausserhalb der



In Mali waren auch engagierte Menschen aus der Schweiz dabei.

Regenzeit kein Wasser mehr übrig. Mit der durch Freihandelsabkommen und der Politik der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds geförderten industriellen Landwirtschaft kann die lokale Produktion nicht konkurrieren.

Karamoko Kané, Reisbauer aus Sélingué in Mali, kämpft gegen billige Reisimporte aus Thailand und Vietnam. Mit 200 CFA pro Kilo ist der importierte Reis um ein Drittel billiger als der lokal produzierte – und das trotz Transportkosten und Steuern.

In der Abschlusserklärung wird die Anerkennung und Verteidigung der Ernährungssouveränität als unvermeidliche politische Strategie vorgestellt, denn: «Unser Erbe und unsere Fähigkeiten, gesunde, qualitativ hochwertige und ausreichende Nahrungsmittel zu produzieren, ist bedroht». In

Mali wird das Konzept Ernährungssouveränität in der Verfassung verankert, ebenso in Senegal, Nepal und Venezuela.

Die drei Schweizer Delegierten Valérie Thiébaud für Uniterre, Thomas Descombes für die Plattform der Vertragslandwirtschaft und Tina Goethe für Swissaid und Alliance Sud werden sich mit ihren Organisationen für eine Debatte zur Ernährungssouveränität in der Schweiz engagieren. Uniterre zielt darauf ab, die Schweizer Agrarpolitik in diese Richtung zu beeinflussen. Die Projekte «Vertragslandwirtschaft» stellen bereits eine konkrete lokale Umsetzung des Konzepts Ernährungssouveränität dar. Für Swissaid steht die Ernährungssouveränität sowie das Menschenrecht, sich selbst zu ernähren, im Zentrum ihrer Kampagne «Hunger ist nicht Schicksal».

Swissaid/Uniterre